

GEMEINSAMER ANTRAG von ÖVP und GRÜNEN

Betreff: Enquete zur Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderung.

GR Kurt HOHENSINNER

25.2.2010

Laut Armutskonferenz sind in Österreich 82.000 Menschen mit Behinderung von Armut betroffen. Damit ist ihr Armutsrisiko doppelt so hoch wie das der Restbevölkerung.

Im Vergleich mit anderen Bevölkerungsgruppen, die ein hohes Armutsrisiko aufweisen, tritt bei Personen mit Behinderung hohe manifeste Armut und hohe soziale Ausgrenzung gleichzeitig auf. Wer mit einer Behinderung wenig finanzielle Möglichkeiten hat, hat auch weniger gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten und ist von stärkerer sozialer Ausgrenzung bedroht. Und umgekehrt, wer durch eine Behinderung in zentralen gesellschaftlichen Bereichen geringeren Zugangsmöglichkeiten ausgesetzt ist, hat auch geringere ökonomische Mittel zur Verfügung.

Als Hauptursache wird die prekäre Situation behinderter Menschen am Arbeitsmarkt genannt.

In der Steiermark waren nach dem Bundesbehinderteneinstellungsgesetz im November 2009 – 417 Menschen mit Behinderung als arbeitslos gemeldet. Dies ist ein Zuwachs gegenüber 2008 um 11,5%.

Nach dem Steiermärkischen Landesbehindertengesetz befanden sich mit November 2009 – 1.242 Menschen mit Behinderung auf Arbeitssuche. Auch hier ist ein Anstieg von 11,4 Prozent zu verschmerzen.

Mitverantwortlich sind auch nicht mehr zeitgemäße rechtliche Rahmenbedingungen. Um diesem Trend stark entgegen treten zu können, ist es erforderlich, alle dafür in Graz bereitstehende Ressourcen zu bündeln.

Daher stelle ich im namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP und GRÜNEN

A n t r a g:

Die Sozialstadträtin Elke Edlinger wird ersucht, eine Enquete zur Armuts-, bzw. zur Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderung unter Einbeziehung des Behindertenbeirates, des Sozialausschusses, VertreterInnen der Jobalians, der Wirtschaftskammer, des AMS, des Bundessozialamtes und weiteren ExpertInnen zu organisieren und die daraus resultierenden Erkenntnisse und zu treffenden Maßnahmen dem Gemeinderatvorzulegen.

GEMEINSAMER ANTRAG von ÖVP und GRÜNEN

Betreff: Kooperation der „HelferInnen“ in Familien

GR Kurt HOHENSINNER

25.2.2010

Familien, in welchen mehrere Dienstleistungen aufgrund des Sozialhilfe-, Behindertenhilfe- oder Jugendwohlfahrtsgesetzes eingesetzt werden, erfahren von unserer Stadt eine große Unterstützung.

Da diese Hilfeleistungen nicht nur durch DiplomsozialarbeiterInnen der Magistratsabteilungen 5 – Sozialamt und 6 – Amt für Jugend und Familie sondern auch sehr oft über verschiedene mobile Träger durch Dienste wie beispielsweise Familienhilfe, Frühförderung oder Wohnassistenz erbracht werden, ist eine Kooperation untereinander das Um und Auf.

Aus meiner beruflichen Praxis weiß ich, dass unsere Ämter auf diese wichtige Kommunikation achten. Trotzdem höre ich von HelferInnen immer wieder das Anliegen, diese Zusammenarbeit zu optimieren, um die Effektivität der Hilfestellungen zu erhöhen.

Vor einigen Jahren wurde von Sozialstadträtin Tatjana Kaltenbeck Michl - auch unter diesem Gesichtspunkt - das Projekt Sozialraumorientierung auf Schiene gebracht. Bei der Präsentation wurde damals wie folgt argumentiert: „Die Dienstleistungen des Jugend- und Sozialamtes sollen rascher erbracht werden, es muss klare Zuständigkeiten geben, die Hilfe muss bedarfsorientiert und flexibel erbracht werden, die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern soll besser koordiniert werden“.

Um die Qualität unserer Leistungen ständig zu steigern, erscheint eine Befragung der MitarbeiterInnen bezüglich der Optimierung von Helferkooperationen als sinnvoll.

Daher stelle ich namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP und GRÜNE folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die Magistratsabteilungen 5 – Sozialamt und 6 – Amt für Jugend und Familie werden ersucht, mittels Evaluierungsbögen unter den SozialarbeiterInnen, aber auch unter den HelferInnen der externen Trägervereine eine Erhebung durchzuführen, um die Optimierungsmöglichkeiten zu einer noch besseren Zusammenarbeit in den Familien festzustellen.

GR Dominic NEUMANN, MBA

25.02.2010

A N T R A G

-

Betreff: Einführen von AKTENTRACKING in Graz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Der Bürger und die Bürgerin, speziell aber auch Unternehmen haben oft den Eindruck, dass ein eingereichter Antrag oft lange im Magistrat verschwindet. Dieser, vielleicht falsche Eindruck, könnte durch mehr Transparenz, die den Verlauf des Akts nachvollziehbar macht, leicht richtig gestellt werden.

Aktentracking – analog zum bereits bekannten und erprobten Paket-Tracking von Paketzustelldiensten – ist eine hervorragende Möglichkeit, den Weg eines Akts genau nachvollziehbar zu machen. Der Bürger bzw. die Bürgerin sieht per Internet-Plattform, wo sich der Akt gerade befindet und welche SachbearbeiterIn zuständig ist. Kontaktdaten der SachbearbeiterIn sind auf der Webplattform ebenfalls ersichtlich, der Bürger hat eine direkte Ansprechperson für seinen aktuellen Akt.

Aktentracking-Systeme sind mittlerweile standardisierte Verfahrensweisen, die sowohl in österreichischen Unternehmen als auch in österreichischen Städten, wie z. B. Leoben, St. Pölten oder Wolfsberg, zum Einsatz kommen.

Daher stelle ich Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Als Ergänzung zum bereits bestehenden, guten Grazer E-Government-System und um mehr Bürgernähe zu demonstrieren, möge der Gemeinderat die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, die Einführung eines Aktentracking-Systems im Magistrat Graz zu prüfen und dem Gemeinderat bis Juni d. J. darüber zu berichten.

GR. Mag. Mario KOWALD

25.2.2010

A N T R A G

Betr.: LKH-Zugang für Menschen mit Behinderung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Graz ist bekannt für sein Landeskrankenhaus, das territorial bei uns in Graz ist, aber fast zur Gänze zu den Betätigungsfeldern des Landes Steiermark, vertreten durch die KAGES, zählt.

Wir haben eines der besten Krankenhäuser unserer Republik. Das Krankenhaus wird logischerweise vorwiegend von älteren Menschen und von Menschen, die gesundheitliche Probleme oder eine Behinderung haben, besucht.

Das Grazer LKH-Gelände ist für Menschen mit Behinderung sehr schwierig oder gar nicht zugänglich. Es handelt sich um eine Dauerbaustelle mit vielen Verlegungen, mangelnden Beschilderungen, teilweise fehlenden Gehsteigen, keinem taktilen Leitsystem, eilenden Menschen und tausenden Besuchern, die kaum helfen können.

Die größte Hilfe für blinde Menschen sind freilich Begleitpersonen, wie z.B. Zivildienstler, aber auch taktile Hilfen sind erforderlich. Rollstuhlfahrer haben mit vielen anderen Barrieren zu kämpfen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz möge an die Verantwortlichen der Stmk. Krankenanstalten GesmbH. (KAGes) mit dem Ersuchen herantreten, dass

- die bisherigen Bemühungen und Pläne zum Thema barrierefreies LKH-Universitätsklinikum Graz eine rasche zukunftsweisende Umsetzung finden,
- die Möglichkeit geprüft wird, dass Zivildienstler sehbehinderte Menschen durch das gesamte Areal des LKH-Universitätsklinikums Graz leiten können,
- das "alte" Kellerleitsystem im zweiten Untergeschoss, welches das gesamte Gelände auf einer Ebene miteinander verbindet, Fußgängeradäquat renoviert wird, damit eine Begehung durch Menschen mit Behinderung, Patientinnen/Patienten und das Personal, aber auch für Besucherinnen/Besucher möglich wird und
- über den Stand der Umsetzungen noch vor dem Sommer 2010 dem Landtag berichtet werden kann.

GR. Mag. Andreas Molnár

15.2.2010

A N T R A G

Betreff: Solar-Tankstellen im Grazer Stadtgebiet

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In Zeiten der Energieverknappung und des Klimawandels muss die Öffentliche Hand Voreiter bei der Anschaffung und Förderung von alternativer Technik sein. Gerade im Bereich der „E- Mobilität“ sind Fahrräder mit E-Hilfsmotoren und E-Mopeds in den letzten zwei Jahren beliebte Alternativen im Individualverkehr geworden.

Um diesen Trend zu fördern und den Benutzern dieser Technik CO₂ schonende „Auftank-“ bzw. Auflademöglichkeiten zu bieten

stelle ich daher folgenden Namens des ÖVP-GR-Clubs

A n t r a g:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die zuständigen Wirtschaftsbetriebe die im Motivenbericht beschriebenen, am Markt befindlichen Solar-Tankstellen prüfen, geeignete Modelle probeweise im Grazer Stadtgebiet aufstellen und dem Gemeinderat in einem Jahr darüber berichten.

GR Bernhard Hofmann-Wellenhof

25. Februar 2010

A N T R A G

Betr.: Buswendeschleife Fölling

Seit der politischen Entscheidung vor mehreren Jahren, die Park & Ride-Anlage in Fölling zu errichten, war auch klar, dass es beim Sportplatz Fölling eine Buswendeschleife zur ÖV-Anbindung geben muss.

Folgende Argumente sprechen nach wie vor für diese Lösung:

- Verkehrsflächen abseits der Mariatrosterstraße sind vorhanden und werden schon jetzt als Wendeschleife für ein Transportunternehmen verwendet.
- Direkte Anbindung der Sportanlage Fölling mit dem dort ansässigen Jugendsportverein mit mehr als 200 Kindern und Jugendlichen.
- ÖV-Versorgung der dortigen Wohnbevölkerung (Paulinerweg, Neusitzstraße usw.)
- Busbucht-Errichtung direkt vor dem zu errichtenden Parkhaus vom stadtauswärts einfahrenden Linienbus.
- Ideale Verteilungsabstände der Bushaltestellen in diesem Stadtteil.

Diese Argumente hat der anerkannte Verkehrsexperte Univ.-Prof. DI Dr. Fallast in einer schriftlichen Stellungnahme vom 17. November 2009 untermauert.

Namens des ÖVP Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen, Frau Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker zu ersuchen, alles zu unternehmen, damit die Realisierung der Buswendeschleife beim Sportplatz in Fölling möglich wird.

Betrifft: Lehrstelleninitiative im
öffentlichen Dienst



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A – 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Antrag

an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Wilhelm Kolar
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25. Februar 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen!

Auch wenn die Talsohle der Finanz- und Wirtschaftskrise überwunden zu sein scheint, kann von einer Entspannung am Arbeitsmarkt keine Rede sein. Ganz im Gegenteil: Alle ExpertInnen warnen davor, dass die Konjunkturreinbrüche und die schlechten Auftragslagen der vergangenen beiden Jahre erst jetzt auch auf dem Arbeitsmarkt ihren Niederschlag finden werden – und die steigenden Arbeitslosenzahlen bestätigen dies leider.

Betroffen davon ist natürlich der Lehrstellenmarkt: Im Jänner 2010 waren beim AMS für Graz 323 Lehrstellensuchende vorgemerkt – um 24 mehr als noch im Jänner 2009. Dem standen nur 82 offene Lehrstellen gegenüber. Was zeigt, dass es für junge Menschen immer schwieriger wird, einen Lehrplatz zu finden. Und diese Situation wird sich in den nächsten Monaten und speziell gegen Ende des Schuljahres noch weiter zuspitzen.

Umso wichtiger ist es, dass auch der öffentliche Dienst seine Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen wahrnimmt. Die GdG-KMSfB hat deshalb im Vorjahr erstmals die Initiative „Gemeinden schaffen Lehrstellen“ gestartet – mit dem Ziel, dass jungen Menschen in den steirischen Städten und Gemeinden sowie in den gemeindenahen Unternehmen und den Beteiligungen mehr Lehrstellen geschaffen werden. Das Interesse an dieser Initiative war jedenfalls sehr groß – und in Kooperation mit dem AMS und mit Unterstützung des BFI ist es gelungen, etliche neue Lehrstellen zu schaffen. Wobei die Resonanz in Graz leider, ich sage es jetzt vorsichtig, zu wünschen ließ: Die Zahl der neuen Lehrstellen, die das 6000 MitarbeiterInnen starke Unternehmen „Haus Graz“ schaffte, war mehr als bescheiden. V „Unternehmen Graz“

Dabei gäbe es im Magistrat selbst wie in den städtischen Gesellschaften bzw. Beteiligungen sicher viele Möglichkeiten, jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Sind doch im öffentlichen Dienst rund 200 Berufsgruppen tätig: In diesem wei-

ten Betätigungsfeld – speziell im Dienstleistungsbereich, von der Daseinsvorsorge bis zur Tourismusbranche, von Büroarbeit bis zur Energieberatung – sollte es eine ganze Reihe zukunftsorientierter Ausbildungsplätze für junge Menschen geben. Diese Möglichkeiten sind jetzt raschest auszuloten, da in den kommenden Monaten viele Jugendliche und zum Teil auch deren Eltern sich auf die verzweifelte Suche nach Lehrstellen begeben werden: Diese Grazerinnen und Grazer brauchen jetzt auch die Unterstützung der öffentlichen Hand.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Die Vorstände sämtlicher Magistratsabteilungen, die GeschäftsführerInnen der Eigenbetriebe, der stadt eigenen Gesellschaften und Tochterunternehmen mögen umgehend aufgefordert werden, für ihre Verantwortungsbereiche in Frage kommende Lehrplätze/Ausbildungsplätze zu erheben und der Magistratsdirektion bekannt zu geben, die weitergehenden Schritte zur Ausschreibung von Lehrstellen mit den zuständigen Personalabteilungen koordiniert .

Betrifft: Durchgehende Beleuchtung des Rad- und Gehweges entlang der Mur



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A – 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Waltraud Haas-Wippel
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25. Februar 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte KollegInnen!

Die fehlende Beleuchtung des Rad- und Gehweges entlang der Mur im Süden des Grazer Stadtgebietes stellt ein hohes Sicherheitsrisiko für die RadfahrerInnen, SpaziergeherInnen und LäuferInnen - speziell in den Wintermonaten - dar. Seit Jahren fordern die SPÖ-BezirksvertreterInnen der Bezirke Puntigam, Liebenau und Jakomini eine durchgehende Beleuchtung des Murrad- und Gehweges. Im Rahmen der von der SPÖ Graz mit den Bezirken durchgeführte „Aktion Gefahrenpunkt“ haben viele betroffene GrazerInnen auf diese Gefahrenstelle aufmerksam gemacht und mehr als 200 Personen haben dies auch mit einer Unterstützungserklärung bekundet.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

Antrag:

Die Stadt Graz soll die zuständigen Stellen beauftragen, an diesem stark frequentierten Rad- und Gehweg entlang der Mur eine durchgehende Beleuchtung zu installieren.

Betrifft: Beauftragung zur Errichtung einer
Lärmschutzwand an der A 2



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A – 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Waltraud Haas-Wippel
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25. Februar 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte KollegInnen!

Seit dem Bau der Autobahn leidet die Grazer Bevölkerung im Bereich Murfeld über eine erhöhte Lärmbelastung, besonders im Bereich der Brückenführung über die Mur. Durch die ständige Zunahme des Verkehrsaufkommens, besonders auch durch die starke Zunahme des Schwerverkehrs, sind die Lärmbelastungen für die dort wohnende Bevölkerung in den letzten Jahren ständig gestiegen.

Wenn man als AutofahrerIn in Österreich unterwegs ist, sieht man immer wieder neu errichtete Lärmschutzwände, die auch bei kleinen Siedelungen zum Schutze der dort ansässigen Menschen errichtet werden.

In diesem Bereich von Liebenau – in Murfeld – gibt es eine hohe Anzahl von AnrainerInnen, die sich durch den von der Autobahn verursachten und ständig zunehmenden Lärm in ihrer Lebensqualität stark beeinträchtigt fühlen. Diese wird auch durch den immer stärker werdenden Durchzugsverkehr (besonders in den Bereichen Murfelderstraße und Neudorferstraße) noch intensiv beeinträchtigt. Der Belastungsfaktor LÄRM ist auch in der 2009 durchgeführten Befragung der Lebensqualitätsindikatoren im Bezirk Liebenau als negatives Ergebnis angeführt!

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

Antrag:

Die Stadt Graz soll an die ASFINAG herantreten und sie beauftragen, entlang der A 2 (Südautobahn) im Bereich des Liebenauer Stadtgebietes / Murfeld, beginnend auf Höhe der Liebenauer Hauptstraße bis einschließlich der Autobahnbrücke über die Mur, eine Lärmschutzwand zu errichten, um die Lärmbelastung für die dort ansässige Grazer Bevölkerung zu senken.

Antrag an den Gemeinderat

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2010

von Gemeinderat Dr. Gerhard Wohlfahrt

Betreff: Bestandsverträge zwischen der Stadt Graz und politischer Parteien bzw. parteinaher Organisationen

Die aktuellen Beispiele von Vermietungen von Grundstücken zu Billigstpreisen an die Grazer SPÖ haben gezeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Im Sinne einer Transparenz hinsichtlich Parteienförderung stelle ich daher im Namen der Grünen Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag

Das zuständige Stadtsenatsmitglied Univ.Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher wird ersucht, eine Übersicht aller aktuellen Bestandsverträge (Miete, Pacht, usw.) zwischen der Stadt Graz und politischen Parteien bzw. parteinahen Organisationen vorzulegen. Dabei ist insbesondere auf die Objektgröße, das monatliche Entgelt und den derzeitigen Nutzungszweck einzugehen. Weiters wird um eine Übersicht der in den letzten 10 Jahren von der Stadt Graz getätigten Investitionsablösen an politische Parteien bzw. parteinahe Organisationen ersucht.

Antrag an den Gemeinderat

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2010

von Gemeinderat Stefan Schneider

Betreff: Absperrungen von Wanderwegen

Zum Angebot einer Stadt an ihre BewohnerInnen gehört auch der Zugang zur Natur, auf Wiesen, Feldern und in Wäldern. Dieser Zugang ist in Graz zum Glück gegeben, auch ohne dass ein Auto benutzt werden muss. Leider ist das Wandern in den Waldgebieten am Stadtrand von Graz immer wieder durch Wegabsperungen bedroht, die von den Besitzern der Liegenschaften veranlasst werden.

Nach einem Aufruf im „Grazer“ im vergangenen Herbst meldeten sich zahlreiche Betroffene bei mir und nannten Stellen die von Wegabsperungen betroffen sind.

Wenn Wege auf privatem Grund, die aber lange von Menschen zum Wandern benutzt wurde, abgesperrt werden, liegt es in der Verantwortung der Gemeinde gegenüber den LiegenschaftsbesitzerInnen, das öffentliche Interesse am jeweiligen Weg kundzutun und gegebenenfalls einzuklagen.

Im Sinne einer hohen Lebensqualität müssen die Wanderwege in Graz erhalten und für die BürgerInnen begehbar bleiben. Die Stadt Graz muss auf unbürokratische Weise entsprechende Hinweise aus der Bevölkerung aufnehmen, ihnen nachgehen und das öffentliche Interesse verteidigen. Zusätzlich sollte es aber auch für die LiegenschaftsbesitzerInnen Beratung über ihre Rechte und Möglichkeiten geben, so dass sie sich gegebenenfalls gegen den Missbrauch ihrer Flächen (Müll, Beschädigungen, unerlaubtes Parken) wehren können, aber auch darauf hingewiesen werden, was sie nicht dürfen (Absperrungen, Verbotsschilder auf öffentlich genutzten Wegen).

Im Sinne einer hohen Lebensqualität in Graz stelle ich daher Namens der Grünen Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag:

- 1) In einer fachlich kompetenten Abteilung soll dauerhaft eine Ansprechstelle zur Entgegennahme von Meldungen über Wegabsperungen geschaffen werden.**
- 2) Die entsprechende Abteilung soll den eingegangenen Meldungen nachgehen, den Sachverhalt prüfen und nötigenfalls das öffentliche Interesse durchsetzen.**
- 3) Ebenfalls soll es die Möglichkeit für GrundbesitzerInnen, wie auch für WegbenutzerInnen geben, sich über ihre Rechte im Zusammenhang mit der Nutzung von Wegen informieren zu lassen.**
- 4) Über die in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen und Aktivitäten ist einmal jährlich im Gemeindeumweltausschuss zu berichten.**

Antrag an den Gemeinderat

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2010

von Gemeinderätin Klubobfrau Christina Jahn

Betrifft: Neuer Standort für den LUV

Der Grazer Lehrlingsunterstützungsverein/LUV bietet ca. 350 sportbegeisterten Jugendlichen die Möglichkeit, Fußball zu spielen. Insgesamt beherbergt der LUV, der heuer sein 50-jähriges Vereinsjubiläum feiert, 13 Jugendmannschaften und 3 Ligamannschaften. Der große Zulauf, besonders auch an jungen, fußballbegeisterten Mädchen, ist ein Ausdruck der wertvollen Arbeit seitens des Vereins. Zudem befindet sich der LUV in einem Teil der Stadt Graz, in Wetzelsdorf, der nahezu keine sonstigen öffentlichen Sport- und Spielflächen - insbesondere für junge Menschen - aufweisen kann.

Zunehmend problematisch stellt sich jedoch die Situation am Areal des LUV dar. Ein Teil der Sportplätze wurde bereits verbaut, sodass de facto nur mehr eineinhalb Spielfelder zur Verfügung stehen - viel zu wenig, um den 16 Mannschaften adäquate Trainingsverhältnissen (wie sie insbesondere die in der Bundesliga vertretenen LUV-Frauen benötigen würden) bieten zu können. Auch die Umkleidekabinen sowie die übrigen Vereinsräumlichkeiten befinden sich in einem äußerst beklagenswerten und nicht mehr renovierungsfähigen Zustand. Um die Trainingseinheiten erhalten zu können, müssen Trainings-Ausweichquartiere wie die Belgier- und Gablenzkaserne in Anspruch genommen werden, wobei ab heuer überhaupt nur mehr die Belgierkaserne (ohne Duscmöglichkeit) genutzt werden darf.

Aus diesem Grund sucht der LUV nun schon seit längerem Ersatzflächen, vorzüglich in Wetzelsdorf. Die für den Ankauf neuer Flächen und den Bau des Vereinsgebäudes nötigen Mittel könnten (zumindest teilweise) durch den Verkauf des derzeitigen LUV-Areals abgedeckt werden.

Um die Existenz des Grazer LUV zu sichern, stelle ich daher namens der Grünen den

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz (Sportamt, Beteiligungsreferent und GBG) werden beauftragt, den LUV bei der Suche nach einem geeigneten Ersatzstandort tatkräftig zu unterstützen, um die Existenz dieses wichtigen Vereines über sein 50. Bestandsjahr hinaus zu sichern.

Antrag an den Gemeinderat

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2010

von Gemeinderätin Sigrid Binder

Betrifft: Ökonomische Integration fördern

Wir brauchen Zuwanderung, tönen Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer im Bewusstsein der Notwendigkeit, qualifizierte Arbeitskräfte ins Land zu holen, um den Wirtschaftsstandort Österreich weiterhin konkurrenzfähig zu halten. Dabei müssten den beiden Institutionen auch klar sein, dass für eine gewünschte Zuwanderung auch jene Maßnahmen zu setzen sind, die eine politische, ökonomische, soziale und kulturelle Integration dieser Menschen gewährleisten kann. Aber gerade da wird geflissentlich darüber hinweggeschaut, wie erbärmlich Integrationspolitik in Österreich praktiziert wird.

Robert Reithofer schreibt in seinem Aufsatz: „Armut macht fremd. Diskriminierung und soziale Ausschließung von MigrantInnen in Graz“ in Grazer Sozialpolitische Hefte, Band 1: „Das Scheitern und Gelingen von Integrationsprozessen wird jedenfalls auf der ganz alltäglichen kommunalen Ebene sichtbar.“ Wie wahr!

Da lese ich in der Zeitung „Der Grazer“, dass das Grazer Gewerbeamt eine „Aktion scharf“ aufgrund der Sonntagsöffnung der türkischen Geschäfte, die eigentlich fast alle Kurden mit österreichischer Staatsbürgerschaft sind, durchgezogen hat und die Sparte Handel applaudiert: Man sei äußerst zufrieden mit den Kontrollen und Exekutionen.

Ich frage mich, wem die im Vergleich zu den großen Handelsketten relativ kleinen Lebensmittelläden Schaden zugefügt haben? Und ich verhehle nicht, dass ich diese plump gesteuerten Aktionen vor dem Hintergrund der Wirtschaftskammerwahl für ökonomisch und politisch dumm halte, denn auch diese Familienunternehmen tragen zur wirtschaftlich, sozialen und kulturellen Wertschöpfung bei, zahlen ihre Steuern und sichern ihren Familien den Lebensunterhalt.

Die ethnischen UnternehmerInnen mit ihren Lebensmittelläden sind die NahversorgerInnen von heute, denn ein österreichischer Klein-Nahversorger würde sich das nicht mehr antun, bedeutet es doch, einen 10 – 12 Stunden Arbeitstag zu haben bei einem recht bescheidenen Einkommen, wobei der Sonntag der umsatzstärkste Tag ist. Dieses Einkommen fällt nun weg und löst Sorge und Unsicherheit bei den Betroffenen aus.

Bei den Gesprächen mit den Inhabern einzelner Geschäfte wurde uns berichtet, wie unhöflich die Kontrollen durchgeführt werden und dass diese UnternehmerInnen noch nie eine Unterstützung in Form einer Wirtschaftsförderung erhalten hätten, um ihre Geschäfte auch entsprechend ausstatten zu können. Außerdem gab es bisher keine Würdigung ihrer Bedeutung für die Nahversorgung und ihres Bemühens um ökonomische Integration. Was ich hier vermisst habe, war eine klare und unmissverständliche Haltung und Wertschätzung des Bürgermeisters diesen Menschen gegenüber. Graz ist eine Einwanderungsstadt – so steht es im Koalitionsvertrag – aber was genau wird dafür getan?

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

1. Die für Wirtschaftsangelegenheiten zuständige Stadtsenatsreferentin, Stadträtin Mag^a. Sonja Grabner wird beauftragt, eine Wirtschaftsförderungsstrategie für ethnische Familienunternehmen zu entwickeln und bis zum Sommer 2010 dem Gemeinderat vorzulegen.
2. Das Kontrollpersonal im Gewerbeamt wird darauf hingewiesen, wie Kontrollen respektvoll durchgeführt werden können. Gerade in diesem sensiblen Bereich brauchen BeamtInnen eine Unterstützung durch gute Schulungsangebote.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Sympathiekampagne für ethnische Kleinunternehmen in Graz durchzuführen und Maßnahmen zu deren Absicherung zu setzen.

Antrag an den Gemeinderat

in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2010

von GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betreff: Energie-Effizienz-Initiative Nr. 3 Energie-effiziente, ökologische und faire Beschaffung von EDV-Komponenten

Bund, Länder und Gemeinden geben in Österreich jährlich etwa 40 Milliarden Euro für öffentliche Güter und Dienstleistungen aus. Pro Jahr kauft die Bundesbeschaffung GmbH (BBG), der größte Einkäufer für die öffentliche Hand in Österreich, durchschnittlich 25.000 Computer und 15.000 Laptops ein.

Gerade in Zeiten geringerer Budgeteinnahmen werden energiesparende Informationstechnologien für Kommunen auch ökonomisch zu einem Thema – schließlich sind sie nicht nur für die Umwelt und das Klima von Nutzen, sondern tragen auch zur Kostensenkung in der Kommune bei. Der IT-Bereich ist ein besonderer Glücksfall, trifft sich hier doch die ökologische Komponente mit der ökonomischen Komponente in kongenialer Weise.

Im Rahmen der Klima aktiv-Initiative des Lebensministeriums werden auf der Web Site www.topprodukte.at Informationen angeboten, wie neben dem Preis und den technischen Anforderungen auch die Umweltgerechtigkeit der Geräte – und damit ihre Energieeffizienz – bei Ausschreibungen berücksichtigt werden können. Mit Hilfe von Umweltschulungsblättern als Grundlage können z.B. Ausschreibungsbedingungen festgelegt und Zuschlagskriterien (Soll-Kriterien) gereiht nach deren Gewichtung in % angegeben werden. Der Vorarlberger Umweltverband empfiehlt dabei eine Gewichtung von Preis und Soll-Kriterien im Verhältnis 4:1.

Der von der Südwind-Agentur herausgegebene "Leitfaden zur fairen und ökologischen Beschaffung von Computern" stellt neben Kriterien für sozial-ökologische Beschaffung auch Vorschläge zur Umsetzung der Ausschreibung sowie Musterer

klärungen für BieterInnen und LieferantInnen bereit und wird den zuständigen Abteilungen mit diesem Antrag gerne elektronisch zur Verfügung gestellt.

Berücksichtigt die öffentliche Hand Effizienz-, soziale und ökologische Kriterien beim Einkauf, kann sie als Vorbild für Unternehmen und KonsumentInnen dienen und aktiv zur Steigerung der Energie-Effizienz und damit zur Reduzierung des Stromverbrauchs und der kommunalen Energiekosten, zur Armutsminderung, einer lebenswerteren Umwelt und besseren Arbeitsbedingungen weltweit beitragen.

Daher stelle ich seitens des Grünen Gemeinderats-Klubs folgenden

Antrag

Das Referat für Verfassungs- und Vergaberecht wird ersucht, unter Einbeziehung der Materialien der Klima aktiv-Initiative topprodukte.at sowie des "Leitfaden zur fairen und ökologischen Beschaffung von Computern" die vergaberechtlichen Möglichkeiten für die Berücksichtigung von Energie-Effizienz-, ökologischen und fairen Kriterien bei der Ausschreibung für die Beschaffung von EDV-Komponenten zu prüfen und einen Vorschlag für eine Umsetzung in den künftigen Ausschreibungen der Stadt Graz auszuarbeiten.

Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus

Telefon 0316 / 872–2163
Telefax 0316 / 872–2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Antrag an den Gemeinderat
von Die Grünen-ALG, SPÖ und KPÖ,
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2010

von Gemeinderätin Mag.^a Daniela Grabe

Betreff: „Keine Rose ohne Dornen“ - Antrag auf Ehrung der Stadt Graz für Dr.ⁱⁿ Grete Schurz, Grazer Frauenbeauftragte 1986–1994

„Derzeit gibt es 44 Ehrenbürger der Stadt Graz, bedauerlicherweise ist darunter noch keine Frau. Welche Frau könnte besser geeignet sein dieses unerfreuliche Missverhältnis zu beseitigen als Dr.ⁱⁿ Grete Schurz? Mit ihr wurde die Stadt Graz Vorreiterin, war Grete Schurz doch die erste (!) Frauenbeauftragte Österreichs. Viele ihrer Initiativen prägten und prägen diese Stadt nachhaltig. Durch ihr überparteiliches und entschlossenes Engagement für Frauenbelange verdient es Dr.ⁱⁿ Grete Schurz, im Alter von 76 Jahren die erste Frau zu sein, die sich "Ehrenbürgerin der Stadt Graz" nennen darf!“

In diesem Sinne wurde zu Jahresbeginn auf Wunsch des Grazer Frauenrats in Vertretung durch die Unabhängige Grazer Frauenbeauftragte Maggie Jansensberger und nach Initiative der Grazer Grünen an die Stadt Graz das Anliegen herangetragen, Dr.ⁱⁿ Grete Schurz, der ersten Grazer Frauenbeauftragte (1986–1994) für ihre Verdienste eine besondere Ehrung durch die Stadt zukommen zu lassen.

Im zuständigen **Fachausschuss für Frauen, Gleichstellung und Genderpolitik am 23.2.2010** wurde dieses Anliegen, **Dr.ⁱⁿ Grete Schurz die Ehrenbürgerinnenschaft der Stadt Graz** zu verleihen, **einstimmig von allen dort vertretenen Fraktionen (Die Grünen-ALG, KPÖ, SPÖ, ÖVP, FPÖ) unterstützt**, und es wurde vereinbart, dass durch den GR-Klub der GRÜNEN ein Antrag vorbereitet und – zur gemeinsamen Einbringung – an alle Klubs ausgesendet wird.

Aus den politischen Gesprächen vor der Gemeinderatssitzung vom 25.2.2010 ergab sich, dass Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl diesem Wunsch des Ausschusses insofern entsprechen könne, dass Dr.ⁱⁿ Grete Schurz - in Abänderung des ursprünglichen Anliegens - zum Dank für ihre zahlreichen Verdienste um die Stadt Graz, für die Anliegen von Frauen und Familien der Ehrenring der Stadt Graz verliehen werden könne.

Antrag

Aufgrund des Anliegens des Grazer Frauenrats in Vertretung durch die Unabhängige Grazer Frauenbeauftragte Maggie Jansensberger, nach Initiative der Grünen-ALG und in Abstimmung mit dem einstimmigen Wunsch des Fachausschusses für Frauen, Gleichstellung und Genderpolitik stellen wir hiermit den Antrag,

1. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl möge entsprechend den im Vorfeld geäußerten Wünschen der politischen Klubs die notwendigen Schritte in die Wege leiten, **der ersten österreichischen Frauenbeauftragten Dr.ⁱⁿ Grete Schurz eine entsprechende Ehrung durch die Stadt Graz zuteil werden zu lassen.**
2. Die Entscheidung und Vorbereitung zu einer solchen Ehrung möge – zur symbolischen Untermauerung des speziellen Engagements von Dr.ⁱⁿ Grete Schurz – **bis spätestens zum diesjährigen internationalen Frauentag am 8. März 2010** offiziell bekannt gegeben werden.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

25. Februar 2010

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Antrag

Betr.: Öffnungszeiten der Bibliotheksfilialen für Berufstätige erweitern

Die städtischen Bibliotheken spielen eine wichtige Rolle im Bildungsangebot der Stadt Graz. Die Möglichkeit, nach der Arbeit noch in eine städtische Bücherei zu gehen, besteht für Berufstätige in Graz nur im Hauptgebäude (dem Zanklhof und der Mediathek). Alle Filialen jedoch schließen spätestens um 17 Uhr. Längere Öffnungszeiten auch in den Filialen wären grundsätzlich wünschenswert, sind aber angesichts der Kürzungen beim Personal derzeit nicht durchsetzbar. Dringend erforderlich wäre aber, dass die Filialen zumindest einmal pro Woche bis 19 Uhr offen halten.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Alle Filialen der städtischen Bücherei sollen künftig einmal pro Woche bis 19 Uhr geöffnet bleiben.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

25. 2. 2010

Antrag

Betrifft: Revitalisierung des denkmalgeschützten Schlosses Karlau

Seit 1. Jänner 2010 ist die neue Verordnung des Bundesdenkmalschutzgesetzes in Kraft. Kapellen, Brücken, Burgen und Schlösser – die Liste der steirischen Denkmäler ist lang. Wie lang genau, das steht offiziell erstmals mit 1. Jänner 2010 fest. Da trat der Paragraph 2a des Bundesdenkmalschutzgesetzes in Kraft. Ein Paragraph, der die Einordnung der Denkmäler in Österreich grundsätzlich neu regelt. Mit dabei unter den besonders denkmalgeschützten Objekten ist auch das Grazer Schloss Karlau, jetzige Haftanstalt inmitten von Graz. Das Schloss Karlau wurde zwischen 1584 und 1590 von Marc Antonio Tadei im Renaissancestil für Erzherzog Karl II erbaut, welcher das Schloss vorwiegend als Jagdschloss verwendete.

Nun gibt es jedoch das Problem, dass das besonders denkmalgeschützte historische Schloss Karlau zunehmend verfällt. Bei den Außenwänden bröckelt bedrohlich der Verputz, die denkmalgeschützte wertvolle Schlossuhr ist verwittert und nicht mehr erkennbar! Auch im Inneren des Schlosses ist wertvolle Bausubstanz vom Verfall bedroht!

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständige Stelle des Magistrats wird ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe an den für denkmalpflegerische Belange zuständigen steirischen Landeskonservator heranzutreten, um eine Prüfung der historisch wertvollen Bausubstanz des unter Bundesdenkmalschutz gestellten Grazer Schlosses Karlau mit eventuell notwendiger Revitalisierung voranzutreiben.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

25. 2. 2010

Antrag

Betrifft: „*Öffis*“ - Vermehrte Reinigung von Fahrzeugen der Grazer Verkehrsbetriebe

Die öffentlichen Verkehrsmittel im Grazer Stadtgebiet sind auch Visitenkarten der Stadt, werden sie doch von tausenden GrazerInnen und von Pendlern und Touristen täglich benützt. Erst kürzlich wurden für das abgelaufene Mobilitätsjahr 2009 neue Erfolgsmeldungen bezüglich Fahrgastfrequenz in den Medien kolportiert. Mit der neuen Variobahn verfügt die Stadt über eine modern ausgestattete Fahrzeugflotte, sowohl bei Bim als auch bei Bus. Um diesem angesprochenen Aufwärtstrend gerecht zu werden und um das moderne Erscheinungsbild der „*Öffis*“ zu repräsentieren, gehört auch eine dementsprechende Wartung und Pflege der Fahrzeuge dazu.

In letzter Zeit häufen sich jedoch Beschwerden aus der Öffentlichkeit, die die Sauberkeit der Fahrzeuge in Frage stellen. Schon am Morgen bei den ersten Ausfahrten der Fahrzeuge finden sich diese in teilweise sehr verschmutztem Zustand wieder. Müll und Schmutz im Wageninneren sind keine Seltenheit und so auch keine Visitenkarte, die zum Einsteigen animiert. Dazu kommt noch, dass aufgrund der jetzigen Witterung die Fahrzeuge auch außen teilweise stark verschmutzt durchs Grazer Stadtgebiet fahren.

Ich stelle deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständige Stelle des Magistrats wird ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe an die Verantwortlichen heranzutreten und zu prüfen, ob die „*Öffis*“ vor Inbetriebnahme gründlich grundgereinigt werden und ob gerade jetzt in der witterungsmäßig schmutzigen und nassen Jahreszeit eine vermehrte Reinigung der Fahrzeuge von außen möglich wäre.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

Graz, 25. Februar 2010

Antrag

Betrifft: Straßenbenennung nach Johanna Dohnal, der ersten Frauenministerin Österreichs

„Wenn ich von Frauenpolitik rede, meine ich eine aktive Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik mit dem Ziel, geschlechterdemokratische Verhältnisse zu schaffen.“ So formulierte Johanna Dohnal in den 1970er Jahren ihre Zielvorstellungen, die zeitlebens prägend für ihr politisches Engagement waren. Jetzt ist sie vergangenes Wochenende, am 20. Februar 2010, verstorben.

Johanna Dohnal wurde am 14. Februar 1939 in Wien als uneheliche Tochter einer Fabrikarbeiterin geboren. Als gelernte Industriekauffrau arbeitete sie zunächst als Lohnverrechnerin in einer Wiener Kunstharzspritzerei, wo sie schließlich zur Betriebsrätin gewählt wurde. Sie war bereits ab ihrem 16. Lebensjahr politisch aktiv und Mitglied der SPÖ. 1979 wurde sie unter Bundeskanzler Bruno Kreisky Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten im BKA. Von Dezember 1990 bis April 1995 war sie die erste Frauenministerin Österreichs. Mit der Regierungsumbildung im April 1995 schied Johanna Dohnal aus der Bundesregierung aus und nahm keine Parteifunktionen mehr wahr. Sie blieb aber weiterhin eine aktive Mitstreiterin für die Rechte der Frauen und unterstützte z.B. das Frauenvolksbegehren (1996/1997).

Ihr Name wird immer in Verbindung damit stehen, dass sie sich aktiv für Verbesserungen der Lebenssituation von Frauen eingesetzt hat. So war Johanna Dohnal maßgebend daran beteiligt, dass die Fristenregelung eingeführt wurde, hat sich für nachhaltige rechtliche Verbesserungen für Frauen eingesetzt wie z.B. für die Beseitigung der Amtsvormundschaft bei ledigen Müttern, für das Recht zur Betretungsverweigerung bei Gewalt in der Ehe oder für das Verbot der sexuellen Belästigung. 1993 wurden Gleichbehandlungsgesetze für den öffentlichen Dienst verabschiedet, die dazu geführt haben, dass eine „Frauenquote“ an Universitäten und in Ministerien eingeführt worden ist.

Aus diesem Grund stelle ich daher namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen, dass Johanna Dohnal eine entsprechende Würdigung für ihr Wirken insbesondere als erste Frauenministerin und für ihr unermüdliches Engagement für die Gleichstellung der Frauen in der Stadt Graz erhalten soll, indem eine Straße oder ein Platz nach ihr benannt wird.

Mag. Harald Korschelt

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2010 von
Gemeinderat **Mag. Harald Korschelt**

Graz, 25.02.2010

Betreff: **Schneeräumung bei GVB-Haltestellen**
Antrag

In den vergangenen Wochen ist der schon seit Jahren vermisste Winter wiedergekehrt. Trotz ungewöhnlicher Schneefälle hat die Räumung der Straßen im Grazer Stadtgebiet tadellos funktioniert.

Den involvierten Stellen und den eingesetzten Mitarbeitern sei von dieser Stelle sehr herzlich für ihren Einsatz gedankt.

So gut nun auch die Räumung der Straßen funktioniert hat, so groß waren innerhalb der Haltestellen der GVB-Busse die Probleme, vor allem für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Sowohl beim Einsteigen als auch beim Aussteigen kam es hier zu Schwierigkeiten, da der von der Straße geräumte Schnee in den Haltestellen oft zu großen Hindernissen wurde. Beispielfhaft seien nur die zahlreichen Bushaltestellen entlang der Ragnitzstraße aufgezählt.

Ich stelle daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

Antrag:

Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker wird ersucht, mit den zuständigen Stellen Kontakt aufzunehmen, um für die Zukunft zu gewährleisten, dass bei Schneefällen die Räumung solcherart erfolgen soll, dass die Haltestellen der GVB unbehindert begehbar sind.

Gemeinderat Mag. Harald Korschelt

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2010 von Herrn
Gemeinderat **Mag. Harald Korschelt**

An den
Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Graz, 25.02.2010

Betrifft: **Monsterbau Rosenberggasse 6,6a, 6b, 6c**
Antrag

Über 1200 Unterschriften liegen gegen einen geplanten Monsterbau in Geidorf vor. Eine eigne Interessengemeinschaft "Lebenswertes Geidorf" wurde gegründet und hat gegen den Bau fundierte Einwendungen vorgebracht.

Als fast einmalige Angelegenheit haben sich die besorgten Bürger bereit erklärt, das betroffene Grundstück zu kaufen und einer sanften Verwertung zuzuführen. Leider wurden diese Einwände bisher zu wenig beachtet. Es liegen nun Gutachten, Gegengutachten und wieder Gutachten vor. Die Verunsicherung der betroffenen Bürger steigt von Tag zu Tag. Ich stelle daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Landeshauptstadt Graz werden ersucht, sobald als möglich eine Bürgerversammlung zum Thema Verbauung Rosenberggasse 6,6a, 6b, 6c abzuhalten in deren Rahmen die bisherigen Schritte einer breiten Öffentlichkeit dargelegt werden.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2010 von
Gemeinderat Mag. Harald Korschelt

An den
Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Graz, 25.02.2010

Betrifft: Ordnungshüter in den Fahrzeugen der GVB;
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Meine Anfrage vom 23.04.2009 zu der im Betreff angeführten Thematik wurde am 19.01.2010 von Ihnen beantwortet und mir am 03.02.2010 zugestellt. Im Rahmen der Beantwortung führen die GVB unter anderem nachstehendes aus:

„Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass Fahrgastbegleiter insbesondere dann zum Einsatz kommen, wenn die Finanzierung aus Fördergeldern für die Umschulung von Personen, die auf der Suche nach neuen Beschäftigungsverhältnissen sind, gelingt. Daher sind speziell zu diesem Punkt detaillierte Gespräche mit der Stadt Graz, mit der Exekutive und mit den Förderstellen erforderlich, da eine einseitige Kostenbelastung der GVB aufgrund der angespannten budgetären Lage nicht akzeptiert werden kann.

Im Zuge der geplanten Inbetriebnahme der Videoüberwachung in unseren Neufahrzeugen werden wir zum Vergleich auch andere Konzepte zur Hebung der subjektiven Sicherheit erproben. Die Ergebnisse werden dann auf die zukünftigen Schwerpunkte im Bereich Sicherheit Einfluss nehmen.“

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, die betreffenden Gespräche wieder aufzunehmen und über die Ergebnisse dem Gemeinderat Bericht zu erstatten.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2010 von Herrn
Gemeinderat **Christoph Hötzl**

An den
GEMEINDERAT
der Landeshauptstadt Graz

Betreff: Verkehrszählung St. Peter Hauptstraße
Antrag

Graz, 25.02.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das ständig wachsende Verkehrsaufkommen in unserer Stadt führt vor allem die großen Hauptverkehrsstraßen in unsere und aus unserer Stadt an den Rand ihrer Kapazitäten.

Zum Leidwesen vieler Verkehrsteilnehmer sind nicht enden wollende Staus die traurige Konsequenz dieses Umstandes.

Um den solcherart auftauchenden Problemen entsprechend begegnen zu können, erscheint es notwendig, die Dimension des aktuellen Verkehrsaufkommens in konkreten Zahlen darstellen zu können. Ich stelle daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

Antrag

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, die notwendigen Schritte zur Durchführung einer Verkehrszählung in der St. Peter Hauptstraße auf Höhe der Kreuzung Petersbergenstraße einzuleiten. Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, die Ergebnisse gegenständlicher Verkehrszählung dem Gemeinderat zu dessen Kenntnisnahme vorzulegen.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2010 von Frau Gemeinderätin Ingrid Benedik

An den
GEMEINDERAT
der Landeshauptstadt Graz

Betreff: Offenlegung des Jahresabschlusses der durch die Stadt Graz subventionierten Vereine ISOP und ARGE Jugend

Antrag

Graz, 25.02.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Da diversen Subventionsansuchen, die im Stadtsenat verhandelt werden, den jeweils betreffenden Stücken/Berichten ausdrücklich der Passus angefügt wird, dass „*für die genannten Subventionen der Nachweis über die widmungsgemäße Verwendung der Subventionen unter Vorlage der Originalbelege durch eine detaillierte Einnahmen/Ausgaben-Rechnung mit Offenlegung der Vermögensverhältnisse bzw. den Jahresabschluss (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, wenn vorhanden Wirtschaftsprüferbericht) verlangt werden kann*“, stelle ich hiermit namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

Antrag

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, die Vereine ISOP und ARGE Jugend zur Vorlage der im Motivenbericht genannten Unterlagen aufzufordern.

Die zuständigen Stellen werden beauftragt dem Gemeinderat hierüber Bericht zu erstatten.